

Deutschland.

Breslau, 29. August. [Amtliches.] Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Gustav Finde an der Realschule zu St. Johann in Danzig zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ist heute Morgen aus Freiburg im Breisgau hier eingetroffen. (Reichsanz.)

● Berlin, 29. August. [Zur Sedanfeier. — Fürst Bismarck. — Die lutherische Konferenz.] Es steht jetzt fest, wie ich Ihnen schon im Voraus meldete, daß der Kaiser heute Abend auf der Anhalterischen Bahn hier eintreffen wird. Auf Grund seiner ausdrücklichen Befehl wird der Monarch auf dem Bahnhofe nur von dem General v. Schwarzkoppen empfangen werden, der bei dieser Gelegenheit noch die Entschlüsse des Kaisers über einige definitive Anordnungen in Betreff der Sedanfeier entgegennehmen wird. Bekanntlich ist der General der Vorsitzende der Commission, welche mit den letzten Anordnungen beauftragt ist. Anfanglich berief eine große Commission, welche unter dem Vorsitz des Generals von Kameke aus Commissarien aller Ministerien zusammengesetzt war und Vorschläge für die feierliche Veranstaltung dem Kaiser zu unterbreiten hatte. Auf Vorschlag dieser Commission wurde dann die Bildung einer Subcommission genehmigt, welche aus den Commissarien der Ministerien des Innern, des Cultus und des Handels unter Zuziehung der Bautechniker und der Vertreter der Ehrengarben-Verwaltung bestand und die Ausführung des festgesetzten Programmes zu leiten hatte. Als Vorsitzender dieser Commission hatte General von Schwarzkoppen bereits vielfach mit Sr. Majestät nach Gastein zu correspondiren und wird jetzt noch die Vorschläge über einige äußere Angelegenheiten der Feier unterbreiten. — Meine frühere Angabe, daß Fürst Bismarck am 31. d. — nicht wie anderweitig gemeldet wurde, schon heute — hier eintreffen wird, bestätigt sich. Es werden dann jedenfalls außer dem Reichskanzler auch der Präsident des Staatsministeriums Graf Roon, der Minister des Innern und der Cultusminister wieder in Berlin anwesend sein. — Die jüngst versammelte lutherische Pastoralconferenz hat, wie die Kundgebungen der Presse bezeugen, eine große Beachtung gefunden. Ohne für jetzt auf ein Urtheil über den Geist und den Ton der Verhandlungen und über die theils gefassten, theils proponirten Resolutionen näher einzugehen, ist zunächst auf zwei Thatsachen die Aufmerksamkeit zu lenken. Wie schroff sich auch ein großer Theil der Redner der neuen Richtung der Staats- und Kirchenverwaltung und speciell der Kirchengesetzgebung entgegengestellt hat, so ist doch andererseits auch selbst von einigen der entschiedensten Widerstandes dieser Richtung, und zwar ohne ersichtlichen Widerspruch von Seiten der Versammlung ausgesprochen worden, daß die Staatsgewalt bei ihrem Verfahren formell in ihrem Rechte war. Ferner wurde ausdrücklich constatirt, daß eine Verletzung der evangelischen Kirche in ihrem Glaubensbestande nicht vorliege. Diese beiden Zugeständnisse sind von einer Tragweite, daß man um so weniger begreifen kann, wie die angeblichen Vertreter der lutherischen Kirche sich bei dem durch dringende Nothwendigkeit veranlaßten Kampfe der Staatsregierung gegen die Uebergriffe der katholischen Kirche so schroff auf die Seite der Gegner stellen können. Ob das im Geiste Luthers geschieht, das dürfte auch von vielen ernstlichen Lutheranhängern stark bezweifelt werden. Man kann wohl hinzufügen, daß das Verfahren der Versammlung der evangelischen Kirche und ihrer Entschlüsse, namentlich in den Beziehungen zur Staatsgewalt schweren Schaden bereiten würde, wenn nicht glücklicherweise die Staatsregierung in richtiger Beurtheilung ihrer Aufgaben und Pflichten unbefangener zu Werke ginge, als diese überreichten Vertreter der lutherischen Kirche.

— Berlin, 29. August. [Die Vorbereitung der Reichsgesetze. — Das württembergische Ministerium. — Das Reichstagsgebäude.] Wir haben vor Kurzem an dieser Stelle jener Angabe Erwähnung gethan, welche an den Antrag süddeutscher Bundesmitglieder über die Vorbereitung der Reichsgesetze anknapfen wollten, daß eine Art von Gesetzgebungs-Ausschuß im Reichskanzleramt in Aussicht genommen sei. Eine vielfach verbreitete officiöse Correspondenz theilt mit, daß derartige Projecte „als bis jetzt noch vollständig in der Luft schwebend“ bezeichnet werden. Hieraus erhellt, und schon das wird man willkommen zu heißen haben, daß der jetzige eben von Süddeutschland aus beklagte Zustand nach der Absicht der Regierung beseitigt werden soll. Wir können noch hinzufügen, daß eine derartige Abhilfe den Mitgliedern des Bundesrathes, abgesehen von der amtlichen Verhandlung, auch zugesagt und demgemäß von ihnen erwartet worden war. Uebrigens ist darauf hinzuweisen, daß die erwähnten Vorarbeiten für das Bankgesetz bereits unter Theilnahme der sämmtlichen zumeist interessirten Bundesstaaten in Angriff genommen worden sind. — Es liegt auf der Hand, daß man es vermeiden wird, Gelegenheit zu geben, auf die Verhandlungen und die mehr oder minder correcte Ausführung des im Bundesrathe angenommenen Antrages zurückgreifen zu lassen. Die Frage über den regelmäßigen unter Mitwirkung der Bundesstaaten einzuleitenden Gang der Gesetz-Vorbereitung hat bereits die maßgebenden Personen beschäftigt und wird voraussichtlich in näherer Zeit Gegenstand weiterer Verhandlungen sein. — Die Nachricht, daß der württembergische Minister des Auswärtigen, Hr. v. Wächter zurückgetreten und der Justizminister v. Mittnacht die interimistische Verwaltung des auswärtigen Ministeriums übernommen hat, kam nicht überraschend. Hr. v. Wächter, ein Mann schon in vorgeschrittenen Jahren, war lange Zeit württembergischer Gesandter in Paris, und trat im Januar 1871 in das Ministerium und zwar auf Betreiben des damaligen Cabinets-Chefs v. Eglouff. Eine politische Rolle hat er nie gespielt und galt überdies für einen Mann und Anhänger der vergangenen Zeit. In der politischen Situation des württembergischen Ministeriums erfolgt somit keine Aenderung, sondern vielmehr insofern eine Klärung, als Minister v. Mittnacht Alles, was er effectiv seit 1870 verfaßt, nun auch mit seinem Namen und seiner Verantwortung deckt. Man glaubt hier allgemein, was auch die württembergische Abgeordnetenkammer bereits verlangt hat, daß wie in Sachsen die Verwaltung des auswärtigen und eines anderen Ministeriums durch einen Minister geführt werden und das jetzige interimistische Verhältnis in ein definitives übergehen wird. Klarheit hierüber wird indessen erst der nächste württ. Landtag bringen, dessen Einberufung in einigen Wochen bevorsteht. — Von dem projectirten Ausbau des provisorischen Reichstagsgebäudes ist es jetzt gänzlich still geworden. Die Bewilligung der erforderlichen Baugelder mit 70,000 Thlr. ist

kurz vor dem Sessionsschluß in Bundesrathe als eine so dringliche Angelegenheit behandelt worden, daß man von dem Beschluß förmlich überführt wurde und glaubte, eine Schaar von Bauarbeitern werde ihren Einzug halten, sobald die letzte Sitzung zu Ende wäre. Inzwischen ist bis heute noch nicht ein Nagel eingeschlagen worden und man spricht von Schwierigkeiten, welche sich der beabsichtigten Aufsetzung eines neuen Stockes auf jenen Seitenflügel, in welchem sich die Bureaux befinden, entgegenstellen hätten, andererseits soll noch kein Bauplan vorliegen. Möglicher Weise wird der Reichstagspräsident Dr. Simson, welcher am Sonntag hier antrifft und in der Präfekturalwohnung (Victoria-Straße) absteigt, der Angelegenheit und ihrer Ausführung näher treten.

[Die sächsischen Kosten der Polizei-Verwaltung Berlins], welche die Staatskasse zu tragen hat, sind in Folge der Vermehrung der Schutzmannschaft in diesem Jahre um etwa 60,000 Thlr. gestiegen. Eine weitere Steigerung um 20,000 Thlr. ist im nächsten Jahre zu erwarten, da die Kosten der Polizei-Verwaltung, namentlich der Revier-Bureaux sich fortwährend erhöhen, und auch andere Ausgaben wachsen. Im Ganzen dürften für das Jahr 1874 gewiß 250,000 Thlr. erforderlich werden. Die Schutzmannschaft besteht jetzt aus 180 Wachtmännern und 1580 Schutzmännern zu Fuß und 11 Wachtmännern und 190 Schutzmännern zu Pferde.

Aus Schleswig-Holstein, 27. August. [Die Wahlbewegung in unserer Provinz] hat ihren schwer berechenbaren Charakter auch in den letzten Wochen und Tagen wieder bewährt. Der bekannte Erlass des Regierungspräsidenten Bitter tief, wie dies von Ihnen sofort vorausgesetzt wurde, in der öffentlichen Meinung einen kleinen Umschwung zu Gunsten der principiellen Opposition, d. h. der augustinburgischen oder Landespartei hervor. Dieselbe brachte es auf Grund dieser von der Regierung für sie angelegten Reclame an mehreren Orten sofort zur Bildung von Localwahlcomités, von denen bisher keine Rede gewesen war. Auch auf die Haltung der geschilderten etwas zu schwankend operirenden Fortschrittspartei blieb der Bitter'sche Erlass nicht ohne üblen Einfluß. Dieselbe sah oder glaubte sich genöthigt, auch ihrerseits eine kleine Schwentung nach links zu machen, um mit der Bevölkerung Fühlung zu behalten. Glücklicherweise hatte sie indeß gleichzeitig mit der „Landes- oder deutsch-schleswig-holsteinischen Partei“ vollständig gebrochen. Ein heftiger Streit zwischen dem von dem Reichstagsabgeordneten Grafen Baudissin regisirten augustinburgischen „Wochenschrift für Schleswig-Holstein“ und den einflussreichen, auf dem linken Flügel der Fortschrittspartei stehenden „Seehoer Nachrichten“ hat zwischen beiden Parteien die bisher noch gelegentlich geltend gemachte Verbindung vollständig aufgehoben. Zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen ist das Verhältnis jetzt ein recht gutes. Letzter hat sich an den rechten Flügel der Nationalpartei eine rein gouvernementale Gruppe angehängt, deren Grösze und Wirksamkeit der nationalen Sache nicht zum Vortheil gereicht. Der Name „gouvernemental“ ist in den Herzogthümern noch von der dänischen Epoche her, jeder Partei, selbst bei den conservativen Bevölkerungskreisen nachtheilig.

Die modernste Krankheit der landwirtschaftlichen Interessensagitation zeigt hier insoweit eine ganz eigenthümliche Physiognomie, als sie geistliche Vertreter in den Vordergrund zu drängen scheint. So candidirt für den Landtag in Süderdithmarschen der Pastor Haxder gegen den fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. Carl Lorenzen und in Flensburg der Pastor Thomsen-Sterup gegen den bisherigen Landtagsabgeordneten Dr. Wallisch. Daß die Regierung die Candidatur Thomsen's mit günstigen Augen ansieht, ist um so unbegreiflicher, als der ehrgeizige Pastor ein entschiedener Gegner der kirchlichen Gesetze ist und die Agitation gegen den Reichstagsabgeordneten Professor Hirschius wegen dessen Förderung der Glücke in erster Linie mitbetrieben hat. Derselbe würde in Berlin in den Verwaltungsfragen voraussichtlich gouvernemental sein, in den kirchlichen Angelegenheiten aber der Regierung die schärfste Opposition machen und sie ihre jetzige Unterstützung seiner Wahl bereuen lassen. Indes die Weisheit der Regierung in Schleswig-Holstein ist ja überhaupt nicht das glänzendste Capitel in der Geschichte der preussischen Staatsverwaltung! (Sp. 3.)

Riel, 26. August. [Das schleswig-holsteinische Archiv.] Der „Riel. Ztg.“ wird aus Kopenhagen geschrieben: „Die Auslieferung der schleswig-holsteinischen Archive an den Regierungsrath Rathjen aus Schleswig schreitet rasch vorwärts und dürfte in diesen Tagen ihren Abschluß finden.“ „Dags. Telegr.“ betont den deutschen Blättern gegenüber, die jeden Stumpf ausgeliefert haben wollen, daß die Ueberkunft dahin geht, daß Alles, was die Geschichte Dänemarks betrifft und vorzugsweise Interesse für Dänemark hat, nicht ausgeliefert werden soll. Ob die Sache sich wirklich so verhält, habe ich bis jetzt nicht ermitteln können. Jedenfalls dürfte diese Frage für die Herzogthümer von großem Interesse sein, da eine Entscheidung darüber, was in jene Kategorie gehört, doch unmöglich einem einseitigen Urtheil der dänischen Regierung überlassen werden kann, und dem Regierungsrath Rathjen dürfte, wenn auch nicht die nöthigen Kenntnisse, doch bei der Auslieferung die für eine derartige Untersuchung erforderliche Zeit abgehen.“

Aus Mecklenburg, 26. August. [Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage.] Wie schon erwähnt worden, brachten die „Mecklenb. Anz.“ vor Kurzem wieder einen langatmigen Artikel gegen constitutionelles Regiment und damit den Beweis, daß der Großherzog und seine Rathgeber noch immer nicht gewillt sind, den wieder und wieder gestellten Forderungen des mecklenburgischen Volks und der deutschen Reichsvertretung Genüge zu leisten. Sicher soll sein, daß die für den diesjährigen Landtag bestimmten Verfassungsmodificationspläne sich nur dadurch von den vorjährigen unterscheiden, daß sie, unter der Bedingung der Anerkennung der Annecturen von Domänen zu säkularisiertem Hausgut und der vorjährigen anderweitigen Apanageforderungen, vorschlagen, das gesammte oder doch fast das gesammte staatliche Finanzwesen der schlesischen Recognition zu unterstellen. Genaue Kenner unserer Landtage halten dafür, es sei nicht unmöglich, daß dieser Vorlage die Majorität der Landschaft endlich zustimme. Vor Schluß der letzten Reichstagsdiät hat Fürst Bismarck gegen zwei unserer Reichstagsabgeordneten geäußert: man möge es ihm nicht verübeln, nicht scharf für die Forderungen der mecklenburgischen Bevölkerung und ihrer Abgeordneten eingetreten zu sein. In Berlin seien verwandtschaftliche Rücksichten mächtig. Er müsse daher den Mecklenburgern empfehlen, immer und immer wieder, so wie es bisher geschehen, ihre Beschwerden dem Reich und der Nation zur Kenntniß zu bringen.

Hannover, 28. August. [Erster deutscher Juristentag.] Gestern Abend hatte eine große Anzahl von Bürgern der Stadt unsere juristischen Ehrengäste zu einem festlichen Empfange nach Oden eingeladen. Garten und Königsaal waren in prächtigster Weise festlich geschmückt, in letzterem waren für die Gäste und Gastgeber die Speisetische hergerichtet, die Bühne des Saales, festlich decorirt und mit der hübsch ausgeführten Figur der Themis geschmückt, barg die Rednerbühne. Die Versammlung war sehr zahlreich und ungemein angeregt. Die zahlreichen Gäste (circa 350) aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes, aus Oesterreich, ja sogar aus Rußland, brachten die beste Festimmung mit, der Flor der Damen erhöhte den Glanz der Versammlung. Nachdem die Tagesbestimmung und die erste Collocation eingenommen war, bestieg Herr Stadt-Syndicus Albrecht die Rednertribüne und begrüßte die Gäste Namens des Magistrats und der patriotischen Bürger der Stadt mit dem Bewillkommungsstosse, einer vortrefflichen, geistreich gedachten und humoristisch durchwürzten Rede, welche mit außerordentlichem Beifall aufgenommen wurde. Den Dank auf dieselbe stattierte Herr Professor Gneist aus Berlin ab, indem er auf die hannoverschen Juristen, hannoversche Bürger und die Stadt Hannover ein Hoch brachte, in welches die Versammlung, angeregt durch die zündenden Worte, jubelnd einstimmte. Bis zum Morgen hin wurde dann der geselligen Freuden in anregendster Weise gedeutet, und so eine Einleitung zu der ersten wissenschaftlichen Arbeit gegeben, die hoffentlich unseren Gästen eine bleibende schöne Erinnerung sein wird.

Die erste Plenarversammlung, welche heute Vormittag 9 Uhr 25 Minuten begann, war von etwa 180 bis 200 Mitgliedern besucht. Der als Verhandlungsaal dienende Concertsaal des Hoftheaters war mit Gairlanden und Fahnen in den Farben des deutschen Reiches, Preußens und der Stadt Hannover geschmückt, auf dem erhöhten Orchesterplatze befand sich das Bureau und die Rednertribüne, überlagert von der lobesbeträufelten Colossalstatue des Kaisers, umgeben von Topfgewächsen. Professor Dr. Gneist eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, daß die ständige Deputation sich ihrer statutemäßigen Verpflichtung, den gegenwärtigen Juristentag vorzubereiten, unterzogen habe und die Verhandlung bald beginnen könne. Leider seien diesmal mehrere der berufensten und bewährtesten Mitglieder, meist durch Krankheit, am Erscheinen gehindert, zu ihnen gehörten auch der berühmte Geheim Rath von Wächter, der in einem Briefe sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen, nicht erscheinen zu können, weil ein Herzleiden ihn zur Cur in Gms zwingte, daneben aber der Hoffnung Ausdruck gäbe, auf dem nächsten Juristentage anwesend zu sein. Die Abwesenheit Wächter's lege der Versammlung die Pflicht auf, einen Präsidenten zu wählen. Auf Vorschlag des Präsidenten des Obergerichts des Sauerlandes wurde dann per Acclamation Professor Gneist zum Präsidenten gewählt, der das Amt mit Worten des Dankes für die ihm widerfahrte höchste Ehre annahm. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird dann das Bureau durch Acclamation in folgender Weise constituirt: Vicepräsident: Appellationsgerichts-Vizepräsident Franke aus Celle, eventuell Obergerichts-Director Kühne, Oberregierungsrath Rautenberg hieselbst, Graf von Wartenleben aus Berlin, Hofgerichtsadvocat von Kitzling aus Linz. Letzterer bemerkt bei seinem Danke für die Wahl, die Ehre sei für ihn um so höher anzuschlagen, als die Juristen aus Oesterreich auf diesem Tage nur sehr schwach vertreten seien, nicht weil bei ihnen das Interesse geschwunden, sondern wegen außerordentlicher heimischer Verhältnisse und wegen der weiten Entfernung. Deutsch-Oesterreich nehme ein lebhaftes Interesse an dem Juristentag, das sich noch steigern werde, wenn erst der Grundtag allgemein herrschend geworden, keine politische Vereinigung mit Deutschland, aber einmüthiges Zusammengehen auf dem Gebiete der Cultur und der Sittlichkeit. Zu Schriftführern wurden gewählt: die Obergerichtsanwälte Bojunga und Clebes hieselbst, Advocat Dr. Bed aus Nürnberg und Advocat Seyger aus Frankfurt a. M.

Der Präsident Gneist ertönt dann den 11. deutschen Juristentag für eröffnet. „Möge Gott die Arbeiten des Juristentags segnen“. Das seien die Worte gewesen, mit denen vor 14 Jahren an denselben Tage und zur selben Stunde Geh. Rath v. Wächter die erste Vereinigung der Juristen begrüßt habe. Es sei geschehen nicht ohne den Ausdruck der bangen Sorge, ob es möglich sein würde, unter den schwierigen verzeitigten politischen Verhältnissen Deutschlands die gemeinsamen Verhandlungen zu dem gewünschten Ziele zu führen. Diese Besorgnisse hätten sich nicht erfüllt, durch den Eintritt allerdings ungeachteter Ereignisse seien viele Wünsche erreicht, ja manche übertroffen worden. In Folge dieser Ereignisse sind in Deutschland Organe mit gesetzgebenden Befugnissen geschaffen, während der Juristentag nach wie vor nur einen consultativen Charakter hat.

Den moralischen Einfluß, den der Juristentag bisher geübt, wird er auch ferner bewahren, wenn er mit der von Anfang seiner Thätigkeit an bewährten Unabhängigkeit seiner Verhandlungen fortfährt, denn aus dem Reife der letzten Jahre haben wir das wichtige Resultat gewonnen, daß die deutsche Nation dazu gelangt ist, das Geschick des Staats, die Bildung des Rechts ohne Einwirkung anderer Nationen selbst zu bestimmen. Und um dieses Resultats willen werden die Juristen, wie überhaupt ganz Deutschland, auch die nicht zu vermeidenden Schwierigkeiten der Uebergangszeit zu ertragen wissen. Nach Mittheilung des Vorsitzenden sind eingegangen die Verhandlungen des niederländischen Juristentags, eine Denkschrift der Annalen des Großherzogthums Hessen, betreffend die einheitliche deutsche Civilgesetzgebung und die Startenburgischen Particularrechte. Die ständige Deputation hat eine sachliche Uebersicht der Resultate der zehn ersten deutschen Juristentage anfertigen lassen, die allen Mitgliedern zugehen wird.

Hierauf folgte die Vertheilung der Verhandlungsgegenstände an die Abtheilungen, die um 11 Uhr zusammentreten sollen; die Verhandlung über das Vormundschaftsrecht fällt aus, da der Referent am Erscheinen, durch Krankheit verhindert ist.

Gneist referirt dann aus dem gedruckt vorliegenden und an alle Mitglieder zur Vertheilung gelangenden Berichte, der Oberhofgerichts-Canzler nach zu Mannheim über die Rechtsentwicklung in Deutschland seit der letzten Juristentags-Versammlung. Große Heiterkeit erregt die Stelle des Berichts, welche des Pressesekretärwurfs gedenkt. Sie lautet: „Schließlich könnte man noch den Entwurf eines preussischen Pressgesetzes erwähnen, welcher im Mai d. J. dem Bundesrathe angeboten, also dem deutschen Volke in Aussicht gestellt wurde. Es bedarf aber nur der Erinnerung an den hieselbst gesprochenen § 20, um von diesem Entwurfe — hoffentlich auf immer — Abschied zu nehmen.“

Oberappellationsrath Becker begründete dann seinen Antrag, den zweiten Satz im § 10 des Statuts, dahin lautend: „Von den achtzehn Mitgliedern der Deputation müssen mindestens drei am Orte des letzten Juristentages und jedenfalls zwölf auswärts wohnen“, zu streichen, und statt des vorliegenden Satzes im § 10: „Der Sitz der Deputation ist der Ort des letzten Juristentages“ zu setzen: „Die Deputation bestimmt Ort und Zeit ihrer Zusammenkunft“. Er bemerkte, die frühere Annahme, am Orte des letzten Juristentages wird die Vorarbeit vorbereitet werden, sei nicht mehr zutreffend. Die Vorarbeiten geschähen vielmehr dort, wo der Präsident und die Schriftführer wohnten. Nachdem Gneist dem Antrage zugestimmt, wurde derselbe einstimmig genehmigt. Endlich erlittete noch Dr. Borchardt den Bericht über die Kaffe, die sich in guten Verhältnissen befindet; Einzelheiten waren wegen der Annäherung der Versammlung nicht zu berichten.

Die Corsofahrt begann, vom Weiter begünstigt, heute Nachmittag 4½ Uhr vom Oden ab, zunächst nach Herrenhausen, dann durch die Eilenriede nach dem zoologischen Garten. Der Zug bestand aus 111 Wagen, darunter zwanzig und einige Privatequipagen. Auch viele Damen der Juristen nahmen an der Fahrt Theil.

Dresden, 27. August. [Zur Guldenfrage.] Die „Dresd. Nachr.“ meldeten gestern, daß der Finanzminister v. Friesen in einer Commission des Landesculturaths sich über die „Guldenfrage“ dahin geäußert habe, daß die preussischen Staatskassen die österreichischen Silbergulden niemals angenommen hätten, in Sachsen seien sie auch nicht als Steuern angenommen worden, wohl aber in den Kassen aller sächsischen Verkehrsanstalten. Preußen freilich habe durch die Wiederholung des Verbots, an seinen Staatskassen keine Gulden anzunehmen, das erste Signal zu den jetzigen Mißständen in dieser Richtung gegeben. Das Privatpublicum vor Schäden zu bewahren, die aus der Regelung der Münzfrage ent-

ständen, sei nicht Sache der sächsischen Regierung; diese habe in erster Linie die Staatskassen vor Verlusten zu bewahren; das Publikum in Münz- sachen vor Verlusten zu schützen, sei Sache des Reiches, dem die Re- gelung des Münzwesens obliege." Das amtliche „Dresdener Journal“ bringt nun heute an bevorzugter Stelle folgendes Dementi: „Der Minister hat nicht gesagt, daß Preußen durch die Wiederholung des Verbots, an seinen Staatskassen Gulden anzunehmen, das erste Signal zu den jetzigen Mißständen in dieser Richtung gegeben habe, und hat dies nicht sagen können, weil es unwahr wäre. Ebenso hat derselbe nicht gesagt, daß es nicht Sache der sächsischen Regierung sei, das Publikum vor Schäden aus der Münzveränderung zu schützen. Eben- sowenig ist derselbe endlich darüber, daß die Staatskassen früher selbst Gulden ausgegeben haben, „hinweggeschlupft“, hat vielmehr gerade diesen Punkt ausführlich erörtert.

Leipzig, 29. August. [Se. Majestät der deutsche Kaiser] traf mit Extrazug 5½ Uhr auf dem hiesigen festlich geschmückten Bahn- hof ein, wo Prinz Georg, die Generalität, die Spitzen der Staats- behörden, der Bürgermeister und Deputierte der städtischen Vertretung, sowie eine große Anzahl anderer Personen von Auszeichnung zur Be- grüßung erschienen waren. Der Kaiser, der sehr wohl ausah, verließ unter lebhaften Hochrufen der in großer Anzahl versammelten Men- schenmenge den Salonwagen und unterließ sich etwa 10 Minuten mit den zu seinem Empfange Erschienenen. Auch bei der Weiter- fahrt brach die versammelte Menge in enthusiastische Hochrufe aus.

Eisenach, 26. August. [Der deutsche Anwaltstag.] Gestern und heute lagen hier zwei verschiedene Versammlungen über ganz entgegengesetzte Gegenstände und Ziele — die Weibelieblichkeits Socialdemokraten und — der deutsche Anwaltstag. Der letztere war von 130—140 Rechts- anwälten fast aus allen deutschen Einzelstaaten besetzt, nur das Reichsland Elsaß-Lothringen war nicht vertreten. Zum Präsidenten des diesjährigen Anwaltstages wurde Dr. Schaffrath von Dresden, zum Vicepräsidenten Dr. Greznacher von hier gewählt. In der gestrigen sechsständigen ersten Sitzung des Anwaltstages wurden nach eingehender gründlicher Verhandlung, in welcher ein reicher Schatz höchst wichtiger und interessanter Erfahrungen aus der Rechtspflege fast aller Einzelstaaten gesammelt wurde, dem Ent- wurfe der deutschen Civilprozeßordnung ziemlich beifällige Beschlüsse, über die Zwangsvollstreckung gefaßt; nur zu dem, in dem Entwurfe festgehaltenen Grundsatze, daß die Zwangsvollstreckung durch selbstständige Beamte ohne Leitung der Gerichte geschehen soll, wurden erhebliche Modificationen und Garantien beantragt. Ein Antrag, bei der Vollstreckung von Verurtheilungen zu einer persönlichen Handlung oder Unterlassung von allem Geld- und Gefängniszwange — von Geld- oder Gefängnisstrafen — ganz abzusehen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. In der heutigen fünfständigen Sitzung wurden nur innere Angelegenheiten des Anwaltstages verhandelt. Nach dem vom Präsidenten Dr. Schaffrath erklärten Schlusse des dritten deutschen Anwaltstages reisten die meisten Mitglieder in ihre Heimath, nur wenige noch zum Juristentage in Hannover.

Kassel, 27. August. [Auflösung einer Versammlung.] Eine auf den 24. d. nach Breitenbach anberaumte Versammlung der Mitglieder des Rotenburger Landwirtschaftsvereins, welche Wahl- besprechungen zum Zwecke hatte, wurde, weil nicht vollzählig erschienen, aufgelöst. Die Theilnehmer wollten später in einem anderen Locale wieder zusammentreten, wurden aber hieran ebenfalls verhindert. Die zweite Auflösung erscheint der „Hess. M.-Ztg.“ „durchaus ungerecht- fertigt und gesetzlich unbegründet.“ Ob die Versammlung eines land- wirtschaftlichen Vereins vollzählig angemeldet werden muß, wenn sie sich mit Politik, speciell mit Wahlen beschäftigen will, darüber läßt sich, nach Ansicht der „M.-Z.“, vielleicht streiten, obwohl eine wohlwollende Auslegung des Vereinsgesetzes von einer solchen Forderung gewiß ab- sehen würde; der Vorwurf der Ungezelligkeit soll also nicht der Auf- lösung der ersten, vollzählig nicht angemeldeten Versammlung gelten, dagegen umsomehr der zweiten. Nachdem nämlich diese erste Auflösung stattgefunden, lud ein Breitenbacher Deconom, der neben dem ursprüng- lich bestimmten Versammlungsorte wohnte, die hier vertriebenen Theil- nehmer in seine Privatwohnung ein; aber auch hier erschien der Kreissekretär Joseph und trieb die Versammlung durch Gendarmen- aneinander. Letzteres ist auch für die „M.-Z.“ unweifelhaft ein un- gesetzlicher Eingriff in das Hausrecht des Deconom und kann sie dielem nur rathen, alle gesetzlichen Mittel zur Herbeiführung einer Genugthuung anzuwenden, sei es nun, daß der Kreissekretär Joseph auf eigenen Antrieb oder im Auftrage seines Landraths gehandelt habe.

Mittelstadt, 27. Aug. [Caplan Schmidt] von Redarsteinach stand vor dem hiesigen Bezirksstrafgerichte, beschuldigt, eine dortige Frau beleidigt zu haben, indem er vor versammelter Gemeinde unter deut- licher Kennzeichnung der Person sagte, sie habe die Frechheit gehabt — obgleich sie vor mehreren Jahren excommunicirt worden — wäh- rend er dieses nicht gewußt, bei ihm zur Beichte und Communion zu geben; sie sei noch schlechter als Judas; man hätte sie zur Kirche hin- auswerfen sollen u. d. Daß der Angeeschuldigte die Klägerin gemeint und ihr „Frechheit“ vorgeworfen habe, wurde vollständig durch Zeugen erwiesen, nicht so die weiteren Äußerungen. Auf Antrag des Staats- anwaltes folgte Freisprechung, weil nach § 193 des deutschen Straf- gesetzbuches Geistliche Verfluchungen der Gemeinde-Mitglieder gegen Lehrer der Religion zum Gegenstande einer Rüge oder Predigt machen dürfen, in der Form der Äußerung aber das Vorhandensein einer Beleidigung nicht angenommen werden könne u. d. Man ist begierig, ob die höhere Instanz bei der Appellation die Bezeichnung einer „Frechheit“ u. d. ebenfalls für eine „erlaubte Rüge“ von der Kanzel herab halten wird. (Fr. Z.)

Bonn, 27. August. [Der Factor der „Deutschen Reichszeitung.“] Wie die „Deutsche Reichszeitung“ durch ihren Reichsanwalt in Berlin vernimmt, hat der Justizminister die Eingabe des Herrn Factors Sieger, in welcher dieser um Bescheinigung des gegen ihn gerichteten Verfahrens bittet, dem Obertribunale zur Kenntnissnahme mitgetheilt.

München, 26. August. [Der Landtag. — Dr. Pichler.] Gegenüber einem Dementi der „Corr. Hoffmann“ hält die „Münch. Presse“ ihre Nachricht, daß die Einberufung des Landtags für den 29. September in Aussicht genommen sei, entschieden aufrecht. — Die Nachricht, daß Prinz Leopold Schritte zur Begnadigung des in der Verbannung lebenden Dr. Pichler unternommen, wird von demselben Blatte als unwahr bezeichnet.

Regensburg, 29. August. [Kaiser Wilhelm] wurde bei dem der Walhalla gestern abgehaltene Besuche von dem Bezirksamtmann Fischer und dem Baumann Hartner ehrenvoll begrüßt. Der Auf- enthalt des Kaisers in der Walhalla währte ¼ Stunden.

Strasburg, 25. August. [Im deutschen Heere] befinden sich bis jetzt etwa 6000 Elsaß-Lothringer, wohl an 80 derselben waren auf ihren eigenen Wunsch der Occupations-Armee zugetheilt; unter den die Linie Strasburg-Rehl passirenden Truppen befanden sich allein gegen 30, meistens Zithernsche Fusaren und Ulanen.

Strasburg, 29. August. [Vertagung.] Wie von verschiede- nen Seiten gemeldet wird, ist der Zusammentritt des Bezirkstages für den Oberloß in Colmar auf nächsten Montag verlegt.

Elsaß-Lothringen, 27. Aug. [Der Staatshaushaltsetat für Elsaß-Lothringen.] Während der Reichstagsession wurde der Staatshaushaltsetat von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1873 publicirt, blieb aber in Folge der wichtigeren Fragen, die auf der Tagesordnung standen, möglichst unbeachtet. Die einzelnen Positionen, welche gegen- wärtig in verschiedenen Provinzialblättern recapitulirt werden, bieten

reichen Stoff zur Kenntniss der Reichslande. Folgende Positionen wären hervorzuheben:

Der Etat für das Innere beträgt 4½ Millionen Franken. Der Etat für das öffentliche Unterrichtswesen ist gegen 1872 um circa 1½ Mill. Frs. erhöht worden, er beträgt in ordn. 4¼ Millionen Frs. und übersteigt im Verhältniß der Bevölkerung den preußi- schen Etat um mehr als das Dreifache. Die Universität ist mit einem Zuschuß von 910,000 Frs., die Bibliothek mit 111,000 Frs. dotirt. Das hier überall durchgeführte Institut weltlicher Rechts- Schulinspektoren kostet 150,000 Frs. Lyceen und höhere Schulen kosten netto 1 Mill. Frs., im Verhältniß das Vierfache, was Preußen an Staatsunterstützungen für Gymnasien und Realschulen veraus- gabt. Das Elementarschulwesen ist mit 1,771,000 Frs. dotirt, dem doppelten Betrage, welchen Preußen an Subventionen verausgabte. Der für ein kleines Land erhebliche Betrag von 180,000 Frs. ist zu Theatersubventionen bestimmt. Wie das öffentliche Unterrichtswesen ist auch das Bauwesen im Reichsland von Staatswegen gut dotirt. Die laufenden Unterhaltungskosten der Wege- und Wasserbauverwaltung (Rhein, Mosel und Canäle) betragen 3,400,000 Frs. Die Wege- Neubauten beschränken sich, nachdem für die Wiederherstellung der durch den Krieg theilweise sehr verborbenen Straßen schon im vorigen Jahre Fonds ausgeworfen waren, auf Subventionen für Bezirks- und Vicinal- wegbauten im Betrage von 600,000 Frs. Der Eisenbahnbau steht beinahe ausschließlich auf dem Reichsetat und Milliardensfonds, so daß Elsaß-Lothringen aus besonderen Mitteln hierfür bis jetzt nichts aufzubringen braucht. Der Wasserbau war pro 1872 mit 3,156,000 Frs. und ist pro 1873 mit 2¼ Mill. Frs. subventionirt. Der Rhein, dessen Ufer durch das Hochwasser vom Mai 1872 erheblich beschädigt wurden, erhält davon 1 Mill. Von 8 mit der badischen Regierung gemeinsamer zu bauenden neuen Schiffbrücken werden voraussichtlich 6 im laufenden Jahre, die zwei übrigen 1874/75 vollendet. Die Moselcanalisation (800,000 Frs.) von der lothringisch-französischen Grenze bei Arnaville bis Metz wird energisch betrieben und es ist die Fertigstellung der Ar- beiten von der Landesgrenze bis oberhalb Metz im Jahre 1874 zu erwarten. Der Neubau des Canals vom Mittelrhein nach Dieuze wird gleichfalls befördert. Ferner wird ein Project studirt, um eine Verbindung zwischen der Mosel und der Saar mittelst Canalisirung des Niederrheins zu schaffen. Eigenthümlich ist die hohe Dotation des Cultusetats im Reichslande. Sämmtliche katholische, protestantische und israelitische Geistlichen beziehen Staatsgehälter, welche aus fran- zösischer Zeit übernommen und 1872 noch um 50 pSt. erhöht wurden. So ist beispielsweise die katholische Kirche in Elsaß-Lothringen von Staatswegen beinahe so hoch dotirt (650,000 Thlr.) wie in ganz Preußen (850,000 Thlr.). (W. Z.)

De f e r r e i c h.

Wien, 29. Aug. [Convention.] Hiesigen Blättern wird aus Salonichi gemeldet, daß auf Grundlage einer zwischen der Pforte und der griechischen Regierung abgeschlossenen Convention die Commandan- ten der türkischen und griechischen Truppen in Zukunft gemeinschaftlich gegen die Räuberbanden in Thessalien operiren werden.

Agram, 29. Aug. [In der heutigen Sitzung des kroa- tischen Landtags] wurden von der Regierung die Gesetzentwürfe über das Budget pro 1873, über die Emancipation der Juden und die Regulirung der Lehrergehälte an den Mittelschulen vorgelegt. Der Bericht der mit Ausarbeitung des Ausgleichsentwurfs beauftragten De- putation soll auf die Tagesordnung vom nächsten Mittwoch gesetzt werden. Bei der Wahl des Finanzausschusses fielen 49 Stimmen auf die Candidaten der Centrumpartei, 21 auf Mitglieder der Rechten.

S c h w e i z.

Bern, 26. August. [Die in St. Gallen erfolgte Abstim- mung über das Civilbegräbnis-Gesetz. — Die 97 Geis- tlichen des Jura.] Ein hochwichtiges Ereigniß für die gesamte Schweiz, schreibt man der „R. Z.“, ist das Resultat der vorgestern im Canton St. Gallen erfolgten Abstimmung über das neue Civil-Begräb- nisgesetz, welches die Friedhöfe den Gemeinderäthen zur Verfügung stellt und sie den Pfarrern entzieht, sie also bürgerlich macht, während sie bis jetzt confessionell waren. Mit einer Mehrheit von etwa 3600 Stimmen hat das St. Galler Volk diesen von den Ultramontanen auf das eifrigste bekämpfte Gesetz die Genehmigung erteilt. Hier- mit ist hoffentlich dem Ultramontanismus im Canton St. Gallen auf lange Zeit der Riegel geschoben. Die vor einigen Monaten neuge- wählte liberale St. Galler Regierung sieht, daß sie die große Mehr- heit des St. Galler Volkes hinter sich hat, und wird jetzt um so entschieden vorgehen. Beiläufig sei bemerkt, daß die den Protest des Bischofs Greth gegen ihr Verbot des Versuches der priesterlichen Exer- citen in Mercuran Seitens der St. Galler Geistlichen, wie erwartet war, einfach ad acta gelegt hat. — Demnächst wird der Berner Appellations- und Cassationshof über die 97 widerspänstigen katholi- schen Geistlichen des Jura das Urtheil fällen. Nach den Präceden- zen kann dasselbe, wie schon früher bemerkt, nur auf Abberufung lauten. Wie man hört, soll übrigens die Mehrzahl dieser Geistlichen zum Nachgeben bereit sein, nur möchten sie dieses Nachgeben gegen- über einer kirchlichen Autorität ausdrücken, ja, sie würden sogar nichts dagegen haben, wenn diese Autorität ihnen in der Person eines alt- katholischen Bischofs entgegengestellt würde. Vielleicht, daß das Ver- halten der aargauer liberalen katholischen Geistlichen auch auf sie ihren Einfluß nicht verfehlt hat. Was diese letzteren betrifft, ist jetzt in Folge Beiraths der Bruggler Versammlung zu der bekannten Erklärung der Collegen aus dem Freischale nun die Uebereinstimmung vollständig.

I t a l i e n.

Rom, 25. Aug. [General Medici] hat also wirklich seinen Amtskreis zu Palermo verlassen, nachdem er sechs Jahre lang an der Spitze der bürgerlichen und Militärgewalt auf dem schönen Sicilien gestanden hat. Es waren Verhältnisse äußerst bedenklicher Art, unter denen er sein Amt antrat. In Palermo war so eben ein Aufstand der untersten Stufe des Volkes blutig unterdrückt worden. Die Frech- heit der Clerikalen, Bourbonenfreunde und Republikaner war aufs höchste gestiegen. Tugend welche Sicherheit der Personen und des Eigenthums gab es nicht. Auf der ganzen Insel hatte die Cholera große Ver- heerungen angerichtet und den Einfluß der Pfaffen auf die Menge ver- mehrt. Dem energischen General gelang es, den das Gesetz verachtenden Parteien den Ernst der Gesetze fühlbar zu machen. Die Ordnung kehrte zurück, wenigstens in Bausch und Bogen, und die nationalge- sinnten Leute saßten neuen Muth. Immerhin aber befand sich die Insel in einem unregelmäßigen Zustande, unter einer Diktatur, der die liberale Partei je eher je lieber ein Ende gesetzt zu sehen wünschte. Man empfand die Ausnahme von der Regel wie eine Dissonanz in dem durchaus und streng constitutionel regierten Lande. Leicht wird aber der Uebergang zum vollen Gebrauche der verfassungsmäßigen Freiheit doch nicht sein, und der Nachfolger von Medici wird seine schweren Sorgen und Verantwortungen zu tragen haben. Die Sicilianer sind weit entfernt davon, sich vollständig eins mit den übrigen Italienern zu fühlen. Ein aus Abneigung und Geringschätzung ge- mischtes Gefühl gegen die Festländer ist erblich und herkömmlich auf der Insel, und das Ideal einer autonomen sicilianischen Republik ist

noch keineswegs ein überwundener Standpunkt. Die italienische Re- gierung wird nahezu als eine feindliche Macht betrachtet, der man sich nur beugt, weil man muß, deren Herrschaft aber als ein unwillkom- menes und demüthigendes Joch empfunden wird. Aehnlich ist ja auch die Stimmung in den Schluchten Calabriens, wo die Bauern vielfach der Ansicht sind, daß die Briganten Agenten der Regierung seien. Zum Theil ist das eine Hinterlassenschaft der despotischen Zeit, in welcher nur der für einen rechten Mann galt, welcher an irgend einem Ge- heimbunde, einer Verschwörung gegen die Regierung theilhaftig war und derselben so viel schadete, als möglich. Diese Ansicht ist von den alten Verhältnissen ohne viel Ueberlegung auf die neue Ordnung der Dinge übertragen worden, und viele besondere Umstände trugen bei, den Zirkum aufrecht zu halten. Um aber erfolgreich im constitu- tionellen Leben mitzuwirken, müssen die Sicilianer sich in das richtige Verhältniß zur Regierung des Landes zu setzen wissen. Sie müssen einsehen, daß ihre stolze Gleichgültigkeit, der passiv Widerstand, den sie dem Geseze und seinen Vollstreckern entgegensetzten, schließlich zu ihrem eigenen Schaden ausschlägt. Dieses Verhältniß der Insulaner, die meist eine eben so unbegrenzte Sinnbildung, wie einen eng begrenzten geistigen Gesichtskreis haben, klar zu machen, wird die Aufgabe sein, an welcher der Nachfolger des Generals weiter arbeiten muß. Denn auch Medici hat seine Mission als eine eben so diplomatische wie po- litische ausgefaßt. Unregierbar sind die Sicilianer wohl nicht, obwohl ihr äußerst lebhaftes Naturell das Regieren dort erschwerte, namentlich bei der bodenlosen Unwissenheit der Bevölkerung, ihrem unausrottba- ren Aberglauben und den miserabel volkwirtschaftlichen Verhältnissen. Es gilt hier, keinem alten Vorurtheil direkt entgegenzutreten, sondern ruhig und stufenweise dem Fortschritte Bahn zu bereiten, die Leute nach ihrer Art zu behandeln und Vorsicht mit Entschlossenheit zu verbinden. Jedenfalls werden die neuen Präfecten der Insel — denn alle bis jetzt freistehenden Präfecturen sollen besetzt werden — nicht auf Rosen getreten sein.

[Neue Uniformirung der Papalini. — Diebstähle im Vatican.] Der „N. Fr. Pr.“ wird von hier geschrieben: „Bereits zu Anfang dieses Monats erzählte ich von dem im Vatican einge- troffenen Probestück der neuen Uniformen für die päpstliche Armee, die Soldaten zum heiligen Herzen Jesu, und späterhin fügte ich hinzu, daß ein anderes aus Paris gekommenes Exemplar derselben der hiesi- gen Polizei in die Hände gefallen sei, da es statt an einen Cardinal an einen Deputirten gelangte, der es der Dastur zur Verfügung stellte. Heute ist man dahin gelangt, die Sache gar nicht mehr als ein Geheimniß zu behandeln, wenn man auch vor dem vollen Tages- lichte nach Art der Nachbölzel noch etwas angeborne Scheu besitzt. In vielen Häusern Roms arbeiten Frauen- und Männerhände in diesem Artikel, und ein hiesiger Journalist will in einem Hause von Via Giulia mehrere Duzend neue militärische Uniformen gesehen haben, wie sie unter der päpstlichen Regierung für die Linie, die Dra- gone, die Zuaven und die Legionäre von Antibes üblich waren. Hand in Hand mit der neuen Uniformirung der Papalini gehen die vom Papste angeordneten Veränderungen respective Beförderungen in der Rangliste derselben, so daß bis zur Mobilmachung nur noch ein Schritt ist. Es ist unglaublich, was in den clericalen Kreisen und Klatschgesellschaften in dieser Hinsicht alles gefabelt wird. Ein von den Vorstehern der Klöster gegebenes Beispiel hat übrigens im Vatican eine sehr unliebsame Nachahmung gefunden. Es war eine förmliche Diebesgesellschaft, die aus den Museen und Gemächern des Vatican's forschte, wessen sie habhaft werden konnte, und es schließlich so weit gebracht hatte, selbst den Ertrag des Peterpfennigs, der, nebenbei ge- sagt, einer auf Befehl des Papstes angestellten neuerlichen Berechnung zufolge von 1849 bis 1872 die respectable Summe von 170 Milli- onen Lire ergeben hat, zu decimiren und die aus dem Auslande ein- gefloffenen Geschenke an sich zu bringen. Es heißt sogar, daß ein dieser sauberen Gesellen, der das Vertrauen seiner Vorgesetzten in un- gewöhnlichem Maße genoß, ein wichtiges politisches Document ent- wendet und es einem bei der italienischen Regierung accreditirten fremden Gefandten ausgeliefert habe. Das diplomatische Schriftstück soll sich auf die Stellung des päpstlichen Hofes zur österreichisch-ungar- ischen Regierung und speciell auf die borbontische Fusion beziehen und den Beweis enthalten, daß die österreichische Regierung den leb- haftesten Antheil an dem Zustandekommen derselben genommen habe.“

F r a n k r e i c h.

Paris, 26. August. [Frankreich und Rußland.] Die „Presse“, schreibt man der „R. Z.“, brachte vorgestern einen Artikel unter der Ueberschrift „Frankreich und Rußland“, in welchem der nordischen Macht ganz auffallend der Hof gemacht wurde. Ich glaube nicht feil zu gehen, wenn ich in diesem Schriftstücke die Antwort auf einen Ar- tikel sehe, der vor Kurzem im „Nord“ veröffentlicht wurde und offen- bar aus der Feder eines russischen Diplomaten stammte. Dieser wandte sich gegen die Bemerkungen, welche Chaudordy in seiner Aus- sage über die französischenfeindliche Haltung der Russen während des Krieges von 1870—71 gemacht hatte. Der Schreiber sagte: „Ruß- lands Haltung war kein Zeugniß von Mangel an Rücksicht und Ge- rechtigkeit für Frankreich. Was hat es an diesem erfahren, was der Rücksicht werth gewesen wäre? Den Krimkrieg und die Protection der polnischen Emigranten. Dagegen gewährte ihm Deutschlands Wohl- gestimmtheit die Mittel, den Vertrag von 1856 abzuändern, und die deutsche Einheit konnte ihm nur wünschenswerth erscheinen. Denn wer hat Einfälle in Rußland gemacht? Gerade nur Frankreich, und Deutschlands Schwäche war schuld daran, daß es die Invasion von 1812 erdulden mußte, und 1854 war sie desgleichen eine Quelle des Nachschlages für Rußland. Napoleon und die französische Di- plomatie haben es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn sie im Auslande keine zuverlässigen, weil keine von ihrer Ehrlichkeit überzeugten Bundesgenossen gefunden haben; der Ehrgeiz und die Einnahmehungstucht Frankreichs hat die deutsche Einheit nöthig gemacht. Letzter hat es noch nicht den Anschein, als ob die Diplomatie des Herrn v. Chaudordy ihre Aufgabe darin erkannte, die alten Fehler zu ver- bessern.“ Diefem antwortet eine honigsüße Note in der „Presse“, wel- ches Blatt beinahe die persönliche Politik des Herrn v. Broglie ver- tritt: Rußland, Volk und Regierung, habe vor Allem mit Sympathie die Wiederverhebung Frankreichs begrüßt. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern würden überhaupt besser gewesen sein, wenn nicht die napo- leonische Diplomatie verschiedene unlängbare Fehler begangen hätte. Die Versöhnung nach dem Krimkrieg hätte vollständig sein müssen. Sie war es eine Zeit lang, und so lange sie es war, erzielte der Kaiser wirkliche Erfolge. Es wird die Haltung Rußlands von 1858 an so freundlich wie möglich dargestellt. Seine jetzigen guten Beziehungen zu Deutschland seien an die Bedingung geknüpft, daß letzteres keine unbegrenzten Eroberungen machen wolle, und so haben sie nichts Beun- ruhigendes für Europa. Es freut sich des conservativen Geistes, der Frankreich hebt, und man fängt an, sich in Petersburg eine günstige Meinung von den Franzosen zu bilden. An eine besondere Allianz zwischen dort und hier soll zunächst noch nicht gedacht werden, man be- folgt an beiden Stellen eine „wesentlich correcte, gemäßigte, friedfertige“ Politik. Dabei reorganisirt man Häden und drüben seine moralischen

und materiellen Kräfte; die Franzosen verfolgen mit höchster Sympathie die Culturfortschritte, welche Rußland unter Alexanders Leitung macht. Unsere Regierung bezeugt ihm nicht nur die größten Rücksichten, sondern unsere Blätter sprechen von ihm nur in den freundlichstlichen Ausdrücken. . . . Die russische Armee hat in Mittelasien einen glänzenden Erfolg errungen, und General Kauffmann dürfte, wie die Feldherren des alten Rom, den Zunamen Asiaticus verdienen. . . . Dieser Sieg Rußlands, weit entfernt, unser Mißtrauen zu erregen, ist bei uns mit der größten Sympathie aufgenommen worden. Wir haben erkannt, daß die russischen Truppen in jenen fernem Landstrichen der allgemeinen Civilisation glänzende Dienste leisten, und der Beifall, mit dem wir ihren Triumph begrüßten, hat gezeigt, welche Gefühle wir für den Kaiser Alexander und für seine Unterthanen hegen." In einer Form, welche keine Verantwortlichkeit nach sich zieht, ist damit angedeutet, daß die jetzige Regierung geneigt sei, eine Aenderung in ihrer russischen Politik eintreten zu lassen. In der Türkei bleiben freilich die Interessen beider Mächte noch wie vor unversöhnlich, dafür aber will man Rußland im Innern Asiens freie Hand lassen und mit Beifall zusehen, wenn Kauffmann „Asiaticus“ in weitest fernste hinein Fortschritte macht.

[Das vierte Corps der Paris-Versailler Armee,] welches nach der vollständigen Räumung der vier Ost-Departements befehlen soll, wird seinen Abmarsch am 20. September beginnen und denselben am 15. October beenden haben. Das Hauptquartier kommt nach Nancy. Das vierte Corps marschirt nicht sofort ab, da nach den abgeschlossenen Verträgen die vier Departements bis zur vollständigen Räumung neutralen Gebiet sind und Frankreich in jeder Garnisonsstadt nur ungefähr eine Compagnie Truppen hüten darf.

[Herr de la Boullerie.] Der „Français“ und die „Agence Havas“ widerlegen die Nachricht, daß der Minister de la Boullerie bei seinem Aufenthalt in Wien den Grafen Chambord besucht habe. Dieses ist aber dahin zu berichtigen, daß der Minister dem Grafen zwar seinen officiellen Besuch abstattete, aber eine lange Privat-Unterredung mit ihm hatte. Herr de la Boullerie besuchte bei seinem Wiener Aufenthalt auch alle hervorragenden Führer der ultramontanen Partei in Wien.

[Der Generalrath von Lyon] hat die Summe von 100 Frös. zum Ankauf einer neuen Statue der Republik für seinen Sitzungssaal votirt. Damit der Präfect keinen Einwand erheben kann, hat man als Modell die Büste genommen, welche auf den Geldstücken und der Ehrenlegion figurirt.

[In Breslau] untersagte die Militärbehörde eine Vorlesung, welche der radicale Deputirte Rousseau dort abhalten wollte, um die Mittel aus einander zu setzen, wie man den Wünschen Frankreichs gemäß zum Sturz der Regierung vom 24. Mai gelangen könnte.

[Die Prinzen von Orléans] haben sich jetzt auch zum heiligen Herzen Jesu bekehrt. Wenigstens enthält heute ihr officiellcs Organ, das „Journal de Paris“, einen Artikel, in welchem es für Paray-le-Monial und auch für Lourdes eintritt.

Spanien

Madrid, 26. August. [Castelar,] welcher gestern mit 135 gegen 73 Stimmen, welche auf Olave fielen, zum Vorsitzenden der Cortes gewählt wurde, hielt in der heutigen Sitzung, indem er von dem Präsidenten die Bestätigung erhielt, eine längere Ansprache.

Die Schwierigkeiten und Gefahren der Lage verpflanzten ihn, sagt er, diese unbediente Gabe anzunehmen. Er hofft jedoch auf die Unterstützung aller Abgeordneten, und erinnert an die Tage des Kampfes, in denen alle Republikaner geeinigt waren. Wenn sich dieselben nach dem Siege getrennt, so erklärte sich dies daraus, daß man als eine ideale Regierung vor Augen habe. Die Majorität vertraute der Wirklichkeit mit allen ihren Mängeln und Schattenseiten, während die Opposition das Ideal vertrete. Redner giebt der Opposition den Rath, Propaganda zu machen und ihre Gewalt aus dem Recht, nicht aber ihr Recht aus der Gewalt zu schöpfen. Als Präsident werde er die Freiheit der Berathung wahren, aber keine Persönlichkeit dulden. Seine Politik, fährt er fort, sei im Programm Samieros enthalten. Wir sehen die September-Revolution fort. Wir vertreten nicht eine Partei, sondern die Demokratie. Er giebt hierauf eine glänzende Schilderung der Entwicklung der Demokratie, die mit großem Beifalle aufgenommen wird. Seit dem 11. Februar, fährt er fort, ist die Freiheit der Wahlprüfung der Republik. Der Untergang der Republik wäre der Tod der Freiheit. Es gebe nichts Glorwürdiger als eine Generation, die, nachdem sie die Freiheit errungen, dieselbe nicht bewahren könnte. Er ein Anhänger der bundesstaatlichen Republik, weil man dadurch die Dictatur vermeide; allein er wolle vor Allem die nationale Einheit, die zu zerstören unflüchtig wäre in einem Augenblicke, wo sich große Nationalitäten, wie Italien und Deutschland, bilden. Man mag zwar alle Bestrebungen respectiren, allein in der Praxis habe die Regierung Autorität und Ordnung nöthig. Die Republik liefe Gefahr, unterzugehen, wenn sich die Ordnung nicht consolidiren sollte, denn zwischen der Anarchie und der Dictatur wähle die Gesellschaft stets die letztere. In der Armee sei die Disciplin herzustellen. Fürchten Sie nicht, jagte der Redner, die Gefahren der Disciplin, jene der Anarchie sind größer. Alle Liberalen müssen die Gefahren des öffentlichen Lebens, das ein Kampf sei, theilen. Herr Castelar schließt, indem er Gott anruft, die Freiheit und Unverletzlichkeit Spaniens zu beschützen.

[In Carthagena] fand vorgestern eine Berathung der Häupter des Aufstandes statt, in welcher die Uebergabe des Platzes besprochen wurde. Derselbe wurde mit einer Mehrheit von zwei Stimmen abgelehnt. Contreras stimmte für die Fortdauer des Kampfes.

[Die Carlisten] haben so oft gelogen, daß sie Estella eingenommen hätten, bis es endlich wahr geworden ist. Ihre neueste Nachricht, daß am 24. d. Don Carlos in die genannte Stadt eingerückt sei, wobei er 600 Gefangenen die Freiheit geschenkt, wird in der Hauptsache richtig sein; und daß auch das Fort von Estella im Besitze der Carlisten ist, geht aus einer aus Regierungsqellen fließenden Mittheilung hervor, welche jetzt, nachdem es verloren, die Bedeutung des Forts möglichst abzuschwächen versucht. Und doch ist es wiederum wichtig genug, daß Santa Pau, verstärkt durch Truppen von Sanche Bregua, es zurückerobern soll.

[Ueber die letzten Vorgänge in Cadix.] Der „Solet“ veröffentlicht folgendes angeblich von einer sehr competenten Person herrührende Schreiben, welches über die letzten Begebenheiten von Cadix einige neue Aufschlüsse beibringt:

Herr Redacteur! Die Zeitungen, welche sich vorwiegend mit den spanischen Angelegenheiten zu beschäftigen pflegen, haben keine Einzelheiten über die wichtigen Ereignisse gegeben, welche sich vom 2. bis 4. August in Cadix zugetragen und der revolutionären Regierung, welche daselbst seit der Proclamation der Föderativ-Republik geherrscht hat, ein Ende gemacht haben. Eine laconische Depeche zeigte an, daß der Wohlfahrtsausschuß die Stadt dem Consularcorps übergeben, und daß dieses dem Herrn Rances y Villanueva, ehemaligem spanischen Minister in London, unbefristete Vollmacht erteilt hat. Seitdem ist von der so ehrenhaften Rolle der Consuln nicht mehr die Rede gewesen, und doch verdankt Cadix es ihrer Haltung und Unterstützung sowie der Energie desjenigen, dem sie die Sorge um die Stadt anvertrauten, daß es vor Plünderung und Feuer verschont blieb. Zu den Aufständischen von Cadix hatten sich noch die Besiegten von Sevilla gesellt, die Diebe, Räuber und Galeerensträflinge von ganz Andalusien. Als der Wohlfahrtsausschuß sich durch die Ankunft der Truppen des Generals Pavia in die Enge getrieben sah und den Angriff des Arsenal de la Carraca nicht fürgehen zu können glaubte, beschloß er, die Feste zu verlassen, um alle seine Streitkräfte hinter den Mauern von Cadix zu sammeln, indem er ankündigte, er würde die Stadt eher plündern und verbrennen lassen, als daß er sie übergebe (2. August). Von dieser zahlreichen Armee von Brandstiftern und Plünderern waren die größten Gefahren zu gewärtigen. Viele hatten schon ihre Proben in Sevilla abgelegt. Daher versammelten sich Angesichts dieser erschrecklichen Ereignisse die Consuln bei ihrem Vorgesetzten, dem französischen Consul (3. August). Sie beratheten über die Frage,

ob sie zum Schutze ihrer Landsleute die Truppen ihrer Kriegsschiffe aus Land ziehen sollten. Sie hätten auf diese Weise in kürzester Zeit 5000 Mann beisammen gehabt. Als der Wohlfahrtsausschuß davon Kunde erhielt, sah er sich rettungslos verloren. Einige Spanier waren indeß bei dem Gedanken an eine fremde Occupation und an die der Stadt bevorstehende Gefahr, wenn diese auf Gnade und Ungnade den Insurgenten ausgeliefert würde, in Bewegung gerathen. An ihrer Spitze stand Herr Rances y Villanueva, welcher in Voraussicht der Ereignisse einige zum Handeln entschlossene Freunde um sich versammelt hatte. Diese wohnten der Versammlung der Consuln, in deren Hände der Wohlfahrtsausschuß seine Gewalt niedergelegt hatte, im französischen Consulate bei. (Proclamation vom 3. August.) Das Consularcorps hatte Vertrauen in Herrn Rances und übertrug ihm, indem es an seinen Patriotismus appellirte, den Vorhitz der Commission, welcher nun die Aufgabe zufiel, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. (Brief des Doyen an Herrn Rances vom 4. August.) Herr Rances stand auf der Höhe der Aufgabe, die er übernommen hatte, um seine Geburtsstadt vor der Wuth der Demagogen und vor einer Ausschiffung der fremden Truppen zu bewahren. Dank dem Beistande der Consuln, welche ihn persönlich auf die Präfectur geleitet hatten, gelang es ihm, die Ordnung und Sicherheit während der angsthollen Stunden aufrecht zu erhalten, welche der Ansturm des Generals Pavia vorangingen. Die Richtigkeit dieser Angaben findet ihre Bestätigung in amtlichen Actenstücken, welche ich die Ehre habe, Ihnen zur Verfügung zu stellen. Genehmigen Sie u. s. w.

[Ueber die bereits erwähnte Revolte der Artilleristen in Barcelona] bringt das in dieser Stadt erscheinende „Diario“ vom 19. folgende Einzelheiten:

„Der unter den Truppen herrschende Geist der Insubordination hat in vermehrter Macht zu einem ersten Conflict geführt. Kurz nach 12 Uhr machte sich in der Kaserne von Alarajas eine ungewohnte Erregung bemerklich. Es hieß, ein Artillerie-Sergeant sei in der Straße Arce du Theatre verhaftet und den Artilleristen sei verboten worden, die Kaserne zu verlassen. Nach dem Zapfenstreich empörten sich Soldaten mehrerer Compagnien der Regimenter 1 und 4 und blieben gegen alle Beschwichtigungsversuche taub. Nachdem es offenbar geworden, daß die Soldaten, statt den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen, sich ihrer Neigung zu Tumulten hingaben und sogar ein mit Karabinen geladenes Geschütz verart ausstellten, daß es die Straße beherrschte, wurde dem interimistischen General-Capitän von dem Vorgefallenen Meldung gemacht, welcher sich in Begleitung mehrerer Offiziere und einer Gendarmen-Abtheilung unverzüglich auf den Schuttplatz der Unordnung begab. Es scheint, daß man ihm bei seinem Eintritte in den Kasernenhof und bei der Ansprache, die er hielt, die größte Unerschrockenheit entgegensetzte und sich sogar bis zu directen Drohungen verließ. Als bald stiegen nun die Offiziere des Cavallerie-Regiments Alcantara herbeigeeilte Leitern durch die Fenster in die Kaserne und weckten die Soldaten ihrer Waffengattungen aus dem Schlafe. Die Gendarmen überließen drang ebenfalls in die Kaserne ein, und man griff die Auführer mit vereinten Kräften an. Als letztere sahen, daß jeder Widerstand nutzlos sei, sandten sie ihre Unterhändler ab mit dem Anerbieten, ihre Geschütze zurückzugeben zu wollen, wenn der Generalcapitän seine Truppen ebenfalls zurückziehe. Dieser Vorschlag fand entschiedene Ablehnung seitens des Generals, welcher im Gegentheil von den Auführern zu wissen verlangte, warum sie ohne Befehl die Waffen ergriffen hätten, und gegen welchen Feind diese Waffen gerichtet wären. In Betracht der energiegelassen Haltung der Militärbehörde beschloßen die Artilleristen, ihre Geschütze abzugeben; sie unterwarfen sich dem Plagcomandanten, gestanden ihren Fehltritt ein und suchten ihr Lager auf. Der interimistische Generalcapitän befahl, sie wieder aufzuwecken und ertheilte ihnen einen harten Tadel wegen ihres Betragens. Zu drei verschiedenen Malen forderte er die Räufelührer auf, sich vor ihm zu stellen. Da aber Niemand vortrat, so ließ er je den zehnten Mann der Truppe einsperren, um ihn vor das Kriegsgericht, das sich unablässig in Thätigkeit befindet, zu stellen. Heute Morgen noch sah man Gruppen Neugieriger vor dem Haupteingange der Kaserne Alarajas stehen, welche von einem Cavallerie-Officier bewacht wurde; in dem Kasernenhofe standen Gendarmenposten; die Thore hielten ihre Thore geschlossen.“

Großbritannien

London, 26. August. [Hobart Pascha's Erklärung für Capitän Werner.] Für die Wunde, welche ihm die Unzufriedenheit seiner Regierung geschlagen, ist dem Capitän Werner schon mancher Balsam sowohl von Seiten seiner Landsleute, als auch der Fremde zu Theil geworden. In der „Times“ legt heute ein College, und zwar höheren Ranges, ein kurzes, aber kerniges Wort für ihn ein: der türkische Admiral Hobart Pascha, bekannter Mäßen ein geborener Engländer. Die „Times“ hat erzählt, auf der unter dem Commando Hobart Pascha's stehenden türkischen Flotte vor Kreta habe sich ein Reichsgelehrter befunden, der sein Gutachten über internationale Streitfragen abgeben sollte. Der Admiral bekräftigt diese Angabe dahin, daß derselbe nur zu einem Reizgericht am Bord der gekaperten „Gnosfi“ berufen worden sei, welches Schiff, ein Blockadebrecher, auf ein türkisches Kriegsschiff geschossen und sich dadurch einer Handlung der Piraterie schuldig gemacht hatte. Die Gelegenheit dieser Berichtigung benutzt Hobart Pascha, um hinzuzufügen: „In meinem früheren Verfahren während jener einigermaßen kritischen Zeit handelte ich ganz und gar nach eigenem Ermessen und auf eigene Verantwortlichkeit. Es ist nicht meines Amtes, über Capitän Werner's Vorgehen in Spanien zu urtheilen; ich sage nur, daß ich, wenn ich jemals ein bewaffnetes Schiff antreffen sollte, welches unter unbekannter Flagge Plünderungen an den Küsten einer befreundeten Nation verübte, keinen Augenblick zögern würde, es anzuhalten und die Folgen auf mich zu nehmen.“ An einer anderen Stelle der heutigen „Times“ finden wir noch eine zweite — Grenzzettung wollen wir nicht sagen, denn auf die Ehre des Capitän Werner könnte auch das härteste militärische Urtheil keinen Schatten werfen, aber eine entschiedene Vertheidigung von Werner's Aufstehen: ibs Flotten-Correspondent bemerkt am Schluß eines Briefes aus Carthagena vom 21. d.: „Dank dem zeitigen Einschreiten des Commodore's Werner und des britischen Schiffes Swiftsure wurde Malaga vor einem Bombardement von der See und Verwüstung vom Lande her gerettet. Und nun wird der, welcher diesen kühnen Streich ausgeführt, von seiner Regierung gelobt und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Aber was auch der Ausgang seiner Sache mit der Regierung sein mag, die Stimme der civilisirten Welt wird zu seinen Gunsten reden. Ein einziges Gefühl tiefsten Bedauerns herrscht unter den Offizieren der englischen Schiffe, daß ein wackerer alter Seemann von so energischem Geiste zum Sündenbock einer Politik der sogenannten Nicht-Einmischung gemacht wird, welche die Begünstigung von Raub und Mord zur Folge hat.“ Hoffentlich wird von einer kriegsgerichtlichen Untersuchung gegen Werner noch Abstand genommen. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre es zu wünschen, daß die Befitzer des Kriegsgerichts sich von ähnlichen Anschauungen leiten lassen möchten, wie sie von ihren englischen Kameraden an den Tag gelegt und nicht nur auf die Wegnahme der „Victoria“ und „Alma“ sondern auch auf die der „Vigilante“ bezogen werden.

[Die Kaiseroute der frommen Pilger nach Paray-le-Monial] ist in den letzten Tagen abgeändert worden. Anstatt über Charing Cross und Calais werden die Wallfahrer über Newhaven und Dieppe reisen. Der Pilgerzug verläßt London am Morgen des 2. September.

Provinzial-Beitrag.

*** Breslau, 30. August. [Zur Sedanfeier.] Wie eine Bekanntmachung in dem hiesigen Kreisblatte besagt, ist das landräthliche Bureau am 2. September ebenfalls geschlossen. — [Abiturienten-Prüfung.] Am Donnerstag fand die Abiturienten-Prüfung am hiesigen Elisabeth-Gymnasium unter dem Vorhitz des Stadt-Schulraths Herrn Thiele und Assistenten des Bürgermeisters Dr. Barth statt. Zu derselben hatten sich 9 Examinanden gemeldet, doch konnte von denselben nur 6 das Prädicat bestanden erteilt werden. Es ist dies seit 3 Jahren

das erste Mal, daß bei diesem Gymnasium von denjenigen, die sich einmal zur Prüfung gemeldet, nicht alle für reif erklärt werden konnten.

*** [Schulinspektion.] In Oberschlesien sind zu Local-Schul-Inspectoren ernannt worden: Graf Seherr-Hof zu Dobru für die katholische Elementarschule in Dobru und Stöblau, Kr. Neustadt; Majoratsbesitzer Graf Matuschka zu Al. Bramsen für die katholische Elementarschule in Al. Bramsen und Zeiselwitz, Kr. Neustadt; Rittergutsbesitzer Wichelshaus zu Niewodnit für die katholische Elementarschule in Golschitz und Norod, Kr. Falkenberg; Gymnasiallehrer Dr. Kretschmer in Greusburg für die katholischen Schulen zu Kraslau und Kosschowitz, Kreis Rosenberg; Stadtrath Drobich zu Nisse für die katholischen Elementarschulen zu Nisse und Friedrichsdorf; Domänen-Rentmeister Krich zu Nisse für die kathol. Schulen in Giesmannsdorf, Heiderdorf und Mährenstraße, Kr. Nisse; Polizei-Verwalter Paul zu Ponischowitz für die kathol. Elementarschulen zu Ponischowitz, Kr. Gleiwitz; Ober-Grenz-Controleur Hartwig zu Bissau für die kathol. Elementarschulen zu Roschowitz, Roschütz und Bissau, Kr. Subitz; Pfarrer-Administratur Richter zu Pawontau für die Zeit der Abwesenheit des Rittergutsbes. Thar für die kathol. Schule zu Pawontau, Kr. Subitz; Oberförster Clausius zu Jellowa für die kathol. Elementarschule in Jellowa, Kr. Oppeln.

*** [Personalien.] Bestätigt: der Kaufmann Anton Nidel zu Batschlau als Rathsherr. — Entlassen auf Antrag: der Kataster-Supernumerar Rüdenburg befußs Eintritts in die v. Tiele-Winler'sche Hütten-Verwaltung als Markt-Heber-Gebö.

*** Breslau, 29. August. [Handwerker-Verein.] Herr Prorektor Dr. Waack theilte in seinem gestrigen Vortrage interessante Erinnerungen an seine diesjährige Reise am Rhein und nach Belgien mit. Herr Freiherr dankte dem Redner für den anziehenden Bericht und sprach die Hoffnung auf Fortsetzung aus. Darauf wurden die vorbandenen Fragen theils erledigt, theils für eine spätere Beantwortung aufbewahrt.

H. Gaiuan, 28. August. [Ein Uebelstand.] wie er sich hier immer wieder fühlbar macht, ist die Düngeabfuhr, welcher unsere Sanitätspolizei doch mit thätigster Energie begegnen möchte, zumal in der Jetztzeit, wo das aufstrebende Gespens Cholera doch nicht gänzlich ignoriert werden sollte. Die Verschwendung der bei erwähltem Geschäft zur Verwendung gelangenden Wagen läßt zumeist nicht bloß Vieles, sondern alles Erforderliche zu wünschen übrig; doch auch bezüglich der Abfuhrzeit machen sich nur zu häufig Ungehörigkeiten geltend, die nicht streng und oft genug geandert werden können. Nur unannehmliche Strenge vermag den beglücklichen polizeilichen Verordnungen Geltung zu verschaffen, welche von der Einwohnerlichkeit dankbar anerkannt werden würde. — Als vierter Vertreter der Stadt Goldberg beim Kreistage ist nachträglich noch Beigeordneter und Kaufmann Günther namhaft zu machen. — Der nächste hiesige Jahrmarkt wird nicht, wie in verschiedenen Kalendern angegeben ist, am 11. October, sondern erst am 16. desselben Monats abgehalten werden.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| August 29. 30. | Nachm. 2 U. | Abds. 10 U. | Morg. 6 U. |
|-----------------|------------------------|-------------|------------|
| Lufdruck bei 0° | 330° 73 | 330° 58 | 330° 76 |
| Lufthöhe | + 15 5 | + 14 4 | + 11 6 |
| Dunsthöhe | 5° 18 | 4° 90 | 3° 61 |
| Dunstfälligkeit | 70 pCt. | 72 pCt. | 67 pCt. |
| Wind | NW. 2 | SW. 1 | NW. 1 |
| Wetter | wolfig. | trübe. | wolfig. |
| Wärme der Ober | 7 Uhr Morgens + 17° 2. | | |

Breslau, 30. Aug. [Wasserstand.] D. P. 4 M. — Em. U. P. — M. — Em.

Berlin, 29. August. Die Tendenz des heutigen Geschäfts kann fest genannt werden, doch entsprang die Festigkeit weniger dem inneren Triebe der Börse als der zwingenden Nothwendigkeit eines ziemlich allgemeinen Stützpunktes, der hauptsächlich für Oester. Creditactien Auswurf gewann; diese wurden sehr lebhaft umgeleitet und fehlten in der Liquidation in dem Maße, daß der Export auf 1 Zhr. und selbst darüber stieg. Lombarden bedangen 1/2 Zhr. Export und Franzosen gingen meist glatt auf oder wurden doch zu geringen Report reih. Exportactien übertrugen. Das selbstständige Geschäft war ganz geringfügig und besonders blieben Lombarden vernachlässigt. Für Franzosen äußerte sich eine günstige Stimmung durch mehrere Nachfrage, da die diesmalige Wocheneinnahme recht befriedigend geschätzt wird. Oester. Nebenbahnen traten nur in sehr schwachen Verleihen, behaupteten aber eine gute Festigkeit. Galizier und Nordwestbahn still. Gut behauptet waren auch die auswärtigen Fonds, Oester. Renten ziemlich belebt, Italiener, französische Rente und Türken ruhig, Amerikaner und russische Werthe stiller. Preuß. und Deutsche Fonds gingen nur wenig um und blieben meist in den Notierungen unverändert; auch Prioritäten machten in der Course entwicklung nur geringe Fortschritte und wurden bei fester Haltung nur sehr mäßig umgelegt. Oesterreichische Prioritäten eher offerirt. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markt herrschte eine feste Haltung, doch blieb der Verkehr mit Ausnahme einiger leichter Bahn-Actien in den engsten Grenzen. Die Course der rheinisch-westfälischen Devisen konnten eine ziemlich unbedeutende Abnahme einbringen, Märktisch-Polen, Halle-Sorau und Rhein-Nahabahn sehr reg. Das Prämiengeschäft erlangte kein hervortretendes Interesse. Für Bankactien hatte sich die Stimmung etwas gebessert, sie erschien wenigstens fest, da das vorhandene Decouvert vielfach zu Deckungskäufen veranlaßte. Courserhöhungen, die zwar zahlreich waren, hielten sich jedoch innerhalb zieml. engbegrenzter Dimensionen, Quistroy höher, Centralbank für Bauten reg., auch Thüringer Bankverein besser. Industriepapiere ruhig, aber im Allgemeinen fest, namentlich auch Prämien beliebt, Bergwerke beliebt, Victoriaten sehr reg. und steigend, Rittersburg, Carlshütte und Köln. Bergm. lebhaft.

Liquidationscourse per ultimo August. Italiener 62. Franz. 59procent. Rente 91. Oester. Credit-Actien 147. Oester. 1860er Loose 92 1/2. Oester. Papierrente 63 1/2. Oester. Silberrente 66 1/2. Galiz. Eisenbahn-Actien 99 1/2. Böhm. Westb.-Actien 102 1/2. Oester. Nordwest-Actien 124 1/2. Oester. Franz. Staatsb.-Actien 203 1/2. Lombard. Eisenb.-Actien 105 1/2. Türken 1865er 50 1/2. Amerikaner de 1832, Rumän. Eisenbahn-Stammactien, Preuß. Eisenb.-Actien, Bank-Actien der heutige Mittelcourse, Russ. Banknoten, Petersburger kurz und lang, Wiener Wechsel der morgige Mittelcourse unserer Notierungen. (Bank u. S. Z.)

[Verleihung des Expropriationsrechtes.] Der „Staats-Anz.“ veröffentlicht folgenden Allerh. Erlass:

Nachdem Ich durch Meinen Erlass vom heutigen Tage die Beschlüsse der Stände des Kreises Pleß, Regierungsbezirk Oppeln, vom 31. August 1872, wegen Ausübung der zur Wiederherstellung und Unterhaltung der von dem Kreise Pleß zu übernehmenden Actien-Chaussee von Nicolai über Pleß bis zur österreichischen Grenze bei Gossalowitz erforderlichen Mittel genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem als Eigenthümer der gedachten Chaussee an Stelle des Pleß-Nicolaier Actien-Vereins tretenden Kreise Pleß das Expropriationsrecht für die zu dieser Chaussee etwa ferner noch erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften in Bezug auf diese Straße. Zugleich will Ich dem Kreise Pleß gegen Übernahme der künftigen chauffeemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Berzehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Bad Ems, den 26. Juli 1873.

W i l h e l m.

Für den Finanzminister und den Minister für Handel u. Dr. Fall.

Berlin, 29. Aug. Weizen: Termine anfangs höher, schließen ruhiger. Getreidmarkt 2000 Cmr. Rübungspreis 89 1/2 Zhr. loco 80—98 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro August 89—88 1/2 Zhr. bez., pro August-September — Zhr. bez., September-October 89—88 1/2 Zhr. bez., October-November 87—86 1/2 Zhr. bez., November-December 86—85 1/2 Zhr. bez., pro April-Mai 1874 — Zhr. bez., gelber — Zhr. bez., abgelassene Anmeldungen — Zhr. bez. — Roggen loco ließ sich in guten Qualitäten leicht erwerben. Termine wurden heute wieder vielfach gekauft und gleich bei Beginn wesentlich höhere Preise angelegt, die sich aber bis zum Schluß nicht vollends behaupten konnten. Getreidmarkt 900 Cmr. Rübungspreis 61 1/2 Zhr. — loco 61—71 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 61—60 1/2 Zhr. bez., neuer 68—70 Zhr. nach Bahn und Raps bez., feiner — Zhr. bez., erquister — Zhr. bez., in lauscher — Zhr. bez., pr. August 62—61 1/2 Zhr. bez., pr. August-September — Zhr. bez., September-October 62—61 1/2 Zhr. bez.,

